

/// Zukunft braucht Herkunft*

AUS DER VERGANGENHEIT LERNEN

LUDWIG SPAENLE /// **Erinnern, erklären, gestalten – diese drei Elemente begründen die geschichtspolitische Grundeinstellung von Ludwig Spaenle. Für ihn soll Geschichte den Menschen auch ihre Schattenseiten erklären, um somit die Zukunft besser gestalten zu können. Und Erinnerungsarbeit ist nie abgeschlossen, sondern muss nachhaltig fortgesetzt werden. Der Antisemitismus z. B. kommt mittlerweile wieder in höchst unterschiedlichen Gewändern daher und findet rechts bis links, bei Bürgern wie auch bei Migranten arabischer Herkunft einen besonderen Nährboden. Und er paart sich mit einem hohen Maß an Israelfeindlichkeit.**

Wenn wir über das Gestern, über unsere Geschichte nachdenken, fangen wir an, intensiver zu leben, Entscheidungen bewusster zu fällen und so unsere Zukunft zielgerichteter zu gestalten. Vielleicht macht dieser Satz deutlich, was ich meine: Erinnern und Geschichte bieten Weg und Chance, unsere Identität zu suchen und sich unserer selbst zu vergewissern. Erinnerungsarbeit ist intensive Beschäftigung mit den Licht- und Schattenseiten der regionalen, der bayerischen, der deutschen, der europäischen und der Weltgeschichte.

Erinnerungsarbeit schafft die Voraussetzung für nachhaltiges politisches Bewusstsein. Das klingt abstrakt, ist aber ein hoher Anspruch. Denn Erinnerungsarbeit darf nicht wahllos stattfinden, darf nicht herausgreifen, was einem Menschen, einer Gesellschaft gerade gefällt, oder auslassen, was einem Menschen oder einer Gesellschaft gerade missfällt.

ERINNERUNGSARBEIT ist **Kernaufgabe und Basis für politisches Bewusstsein.**

„Nie Wieder“ als Teil der Staatsräson

Bei der Erinnerungsarbeit finden sich aus historischen Gründen und zugleich aus aktuellem Anlass klare Prioritäten. Es gibt ein Feld der Erinnerungsarbeit, das zu den staatspolitischen Kernaufgaben in Deutschland und Bayern gehört, und dem wir uns nachhaltig widmen müssen, auch und gerade im Jahr 2018. Die Mütter und Väter der Bayerischen Verfassung haben das „Nie Wieder“ als Grundauftrag für den Aufbau und die

Entwicklung von Gesellschaft und Staat festgeschrieben, das „Nie Wieder“ eines totalitären sowie Gott und Menschen verachtenden Staatswesens. Die Präambel der Bayerischen Verfassung drückt dies aus: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkriegs geführt hat. In dem festen Entschluss, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“ Auch die Gründungsmütter und -väter der Bundesrepublik Deutschland sind dieser Zielsetzung gefolgt.

Gerade als Landeshistoriker fühle ich mich dieser Aufgabe in besonderer Weise verpflichtet und ich habe dies in meiner bisherigen politischen Arbeit als zentralen Auftrag verstanden. Meine bisherigen Funktionen als Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie als Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst haben mir dazu vielfältige konkrete Handlungsoptionen gegeben, dieses Anliegen intensiv zu verfolgen, so etwa über Inhalte im Lehrplan für die bayerischen Schulen, die Gestaltung der Stundentafeln für den Unterricht an den Schulen oder über Ressourcen für Einrichtungen der Forschung und Lehre in Geschichts- und Politikwissenschaften sowie damit eng verwobenen Fachgebieten. Und auch die Ernennung zum Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe in diesem Frühjahr

Das „Nie Wieder“ ist ein verfassungsmäßiger GRUNDAUFTRAG der Erinnerungsarbeit.

eröffnet mir in neuer Weise die Möglichkeit, Erinnerungsarbeit nachhaltig zu fördern.

Dabei orientiere ich mich an der Feststellung von Max Mannheimer: „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.“ Und dies gilt überhaupt für die Ausprägung eines totalitären Macht beanspruchenden Systems. Das umfasst z. B. auch das SED-Regime, unter dem bis 1989 die Menschen in den „neuen Ländern“ leiden mussten. Knapp 30 Jahre nach dem Mauerfall bekommt diese Dimension der Erinnerungsarbeit eine neue Aktualität. Erinnerungsarbeit zu leisten, ist eine große Aufgabe. Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik tun not.

Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik in der Praxis Die NS-Zeit

Bei meinem ersten Besuch als Kultusminister in der KZ-Gedenkstätte Dachau im Februar 2009 ging es mir darum, ein unmissverständliches Zeichen zu setzen. Deshalb habe ich meinem Wunsch Ausdruck verliehen, dass möglichst viele Schüler weiterführender Schulen eine KZ-Gedenkstätte oder ein NS-Dokumentationszentrum als authentischen Ort dieser schlimmsten Jahre der deutschen Geschichte als außerschulischen Lernort aufsuchen. Der Grund ist nach-

vollziehbar. Gerade an Orten wie Dachau und Flossenbürg können junge Leute die Menschen verachtende Grausamkeit des braunen Unrechtsregimes in besonders eindrücklicher Weise nachempfinden: In Dachau, wo über 43.000 Menschen im Zeichen des Hakenkreuzes ermordet worden sind, und in Flossenbürg, wo zwischen 1938 und 1945 über 30.000 Menschen getötet wurden oder aufgrund der erlittenen Strapazen gestorben sind. Mit einem erfolgreichen Modellversuch für die bayerischen Mittelschulen und Projekten für Jugendliche mit Migrations- oder Fluchthintergrund werden hier neue Schritte gegangen.

Das Gespräch mit Zeitzeugen fördert die intensive inhaltliche Begegnung gerade junger Leute mit der dunkelsten Seite der deutschen Geschichte. Ich darf eigens an die Zeitzeugengespräche mit Max Mannheimer und Uri Chanoch erinnern, die unter dem Dritten Reich unbeschreibliches Leid erfahren haben und dennoch nach 1945 trotz dieser existenziellen Erfahrungen ganz bewusst ihr Leben im Nachkriegsdeutschland fortgesetzt und sich hier in der Zivilgesellschaft engagiert haben.

Bei der Auseinandersetzung z. B. mit den Vorgängen während des Dritten Reichs wächst nach meiner Überzeugung bei den jungen Leuten, aber auch bei Erwachsenen die Bereitschaft, sich

gegen ein Neuaufleben dieser menschenfeindlichen Ideologie zu engagieren. Erinnerungsarbeit – noch dazu am authentischen Ort und im Dialog mit Zeitzeugen – ist gelebte Demokratieerziehung auf der Grundlage lebendig gemachter Geschichte. Auch Erwachsenenbildung ist ein Feld, das weitere Möglichkeiten eröffnet.

Wenn Schüler authentische Orte wie die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg oder NS-Dokumentationszentren wie Nürnberg oder München besuchen oder mit Zeitzeugen sprechen wollen, bedarf es einer ausgiebigen pädagogischen Vor- und Nachbereitung im Unterricht. Nur so kann Wissen nachhaltig vermittelt werden, können auf der Basis des Wissens und der Erfahrungen vor Ort Haltungen geprägt werden. Besonders nachhaltig ist die Wirkung, wenn die Schüler und auch interessierte Erwachsene sowohl authentische Orte besuchen wie auch Zeitzeugen begegnen und durch Gespräche an ihren weit hin dramatischen Erlebnissen teilhaben können.

Das SED-Regime

Was für die NS-Diktatur zutrifft, lässt sich auch für das SED-Regime feststellen. Viele junge Menschen, die kurz vor oder nach 1989 geboren wurden, kennen das geteilte Deutschland und die unterschiedlichen Lebensverhältnisse diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs nicht mehr. Die „Verklärung“ in einer Art „Ostalgie“ der DDR ist eine Folge. Und auch für viele Ältere sind die deutsche Teilung, der Todesstreifen und der Alltag diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze im Bewusstsein nicht mehr so präsent.

Mödlareuth, ein kleines Dorf in der Nähe von Hof, das gern als „Little Ber-

Der Besuch authentischer Orte und das Gespräch mit Zeitzeugen sind NACHHALTIG erlebte Erinnerungsarbeit.

lin“ bezeichnet wurde, war wie ganz Deutschland aufgrund der Beschlüsse der vier Mächte nach dem Kriegsende 1945 geteilt worden. Mitten durch den Ort mit dem Tannbach an der Linie zwischen der amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone sowie später zwischen der Bundesrepublik und der DDR zog sich zunächst ein Bretter- und Drahtzaun und später eine Betonmauer mit entsprechenden Wachtürmen. Diese trennten Familien, machten ein Miteinander unmöglich und führten fast zur Isolation der Einwohner auf der DDR-Seite, weil Besuche der Bewohner der 5-Kilometerzone hinter dem Eisernen Vorhang nur eingeschränkt erlaubt wurden. Erst im Dezember 1989, also einen Monat nach dem Fall der Mauer in Berlin, wurde auch hier in Mödlareuth die Mauer durch Bagger beseitigt. In bewegenden Szenen lagen sich die Menschen in den Armen.

**Die Vergangenheit muss BEWUSST
GEHALTEN werden.**

Das Deutsch-Deutsche Museum in Mödlareuth auf bayerischem und thüringischem Boden bietet die einmalige authentische Situation zur Erinnerung an die Teilung Deutschlands und das Alltagsleben der Menschen auf beiden Seiten der „Zonengrenze“ – hier unter dem Bundesadler, dort unter Hammer und Zirkel. In Mödlareuth bietet sich die Chance, eine Stätte für intensive Er-

innerungsarbeit und für die Geschichtsvermittlung von nationaler Dimension zu schaffen. Ich begleite diesen Erinnerungsort seit Mitte der 1990er-Jahre in verschiedenen Funktionen. Im Juli 2018 hat die Bundeskulturstaatsministerin Monika Grütters die Finanzierungszusage um rund ein Viertel auf nun 5,6 Millionen Euro angehoben. Bayern ist nun gefordert, hier die bisherige Zusage ebenfalls aufzustocken.

Das Attentat von 1972

Zu den Ereignissen von historischer Bedeutung gehört in besonderer Weise das Attentat palästinensischer Terroristen auf jüdische Sportler bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München. Am 5. September 1972 waren acht Mitglieder der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ in das Olympische Dorf eingedrungen. Sie hatten im Haus Connollystraße 31 elf israelische Sportler als Geiseln genommen. Zwei Sportler, die sich gegen die Terroristen zur Wehr zu setzen versuchten, wurden noch in der Connollystraße ermordet. Die deutschen Sicherheitsbehörden brachten Terroristen und Geiseln unter dem Hinweis, sie von dort nach Kairo ausfliegen zu lassen, nach Fürstenfeldbruck. Weitere neun israelische Geiseln und ein bayerischer Polizist kamen beim Befreiungsversuch auf dem Flughafen von Fürstenfeldbruck ums Leben.

Dieser terroristische Anschlag 1972 in München war ein bis heute schmerzlicher „Einschnitt“ in das Leben der Sportler und ihrer Angehörigen, in die bis dahin heiteren Olympischen Spiele in München und ein „Einschnitt“ in die münchner, bayerische und deutsche Geschichte. Und es ist ein Anfangsort des internationalen Terrors. Hier fehlte,

trotz des Monuments von Fritz Koenig und der Erinnerungstafel in der Connollystraße ein angemessener Gedenkort. Anlässlich des 40-jährigen Gedenkens an das Attentat beschloss die Bayerische Staatsregierung, einen solchen zu schaffen. Hier soll an die getöteten israelischen Sportler und den bayerischen Polizisten erinnert, der terroristische Anschlag dargestellt und dieser in die Zeit eingeordnet werden. Dieses Projekt ist ein Kernstück meiner geschichtspolitischen Arbeit.

GEDENKORTE wie der des Olympia- attentats 1972 in München schaffen Geschichtsbewusstsein.

Wir wollten damit den Opfern im öffentlichen Bewusstsein ihre Persönlichkeit wiedergeben. Dabei war ein Kernanliegen der Konzeptentwicklung, den Gegensatz zwischen dem weltoffenen, sportlichen Wettbewerb nach der olympischen Idee und dem dramatischen Einschnitt des vernichtenden Terrors darzustellen. Das Architekturbüro Brückner & Brückner hat dieses Anliegen mit dem Symbol des „Einschnitts“ im Gelände nahe dem Olympischen Dorf entwickelt. Am westlichen Lindenhügel im Olympiapark wurde der Entwurf realisiert. Es wurde der Erinnerungsort in einen Hügel am Kolehmainenweg hineingeschnitten und mit den Biographien der zwölf Opfer und einer medialen Präsentation des Attentats zur historischen Einbettung in die heiteren

Spiele und den palästinensischen Terror ausgestaltet.

Die gemeinsame Finanzierung des Erinnerungsorts durch den Freistaat Bayern, die Bundesrepublik Deutschland, die Landeshauptstadt München, das Internationale Olympische Komitee, den Deutschen Olympischen Sportbund und die Foundation for Global Sports Development macht die Bedeutung des Erinnerungsorts für Bayern, Deutschland sowie international ebenso deutlich wie die Eröffnungsfeier am 6. September 2017. An dieser Eröffnung durch Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer nahmen u. a. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Israels Staatspräsident Reuven Rivlin und Landtagspräsidentin Barbara Stamm teil; ferner der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef Schuster, die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in München und Oberbayern Charlotte Knobloch, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, IOC-Präsident Thomas Bach, der DOSB Vorstandsvorsitzende Michael Vesper sowie Steven Ungerleider von der Foundation for Global Sports Development.

Voraussetzungen Erinnerungsarbeit muss konkret sein

Erinnerungsarbeit darf nicht abstrakt sein, sondern muss persönliche Begegnung und wo dies möglich ist auch Auseinandersetzung zulassen. Es war uns gerade bei der Eröffnung des Erinnerungsorts an das Attentat von 1972 ein wichtiges Anliegen, jenseits der offiziellen Feier in einer persönlichen Gedenkstunde mit den Angehörigen der Opfer noch einmal der schrecklichen Ereignisse zu gedenken. Im ersten Jahr nach der

Eröffnung wurde der Erinnerungsort „Einschnitt“ von mehreren Tausend Menschen besucht, von vielen ganz bewusst, von anderen beim Spaziergang durch das Olympiagelände. Staatsgäste nutzen internationale Begegnungen und Konferenzen auch, um den Erinnerungsort aufzusuchen. Den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu durfte ich z. B. im Umfeld der Sicherheitskonferenz in München Mitte Februar 2018 zu dem Gedenkraum im Olympiagelände begleiten. Die Resonanz in Israel war hoch. Das Olympische Komitee Israels hat im März 2018 in Gegenwart des deutschen Botschafters und mir einen Empfang zur Würdigung der Gedenkstätte gegeben.

Vorbilder lehren Geschichte

Neben historischen Orten kommt Personen der Zeitgeschichte als Vorbilder eine besondere Rolle in der Geschichts- und Erinnerungsarbeit zu. Dies sind z. B. mit Blick auf die NS-Diktatur die Mitglieder der Weißen Rose, also die Geschwister Hans und Sophie Scholl, Christoph Probst, Willi Graf und Universitätsprofessor Kurt Huber, oder auch Einzelgänger wie Georg Elser, der im November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller ein Attentat auf Hitler verübte. Hier müssen wir die richtigen Formen der Beschäftigung mit diesen Vorbildern finden. Auf meine Initiative hin hat z. B. im Oktober 2009, also 70 Jahre

nach dem Attentat auf Hitler, die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in München ein Symposium zum Thema „Georg Elser und der deutsche Widerstand – ein Erbe deutscher Demokratie“ organisiert. Sein Leben wurde auch verfilmt.

Auch Objekte als Gegenstände der Sachkultur haben hohe Aussagekraft und können, entsprechend in den Zusammenhang gestellt, wichtige Impulse für die Erinnerungsarbeit und die Demokratieerziehung leisten. Die öffentliche Debatte um eine mögliche Präsentation der Guillotine, mit der sehr wahrscheinlich die Mitglieder der Weißen Rose 1943 in Stadelheim von den Schergen des Dritten Reichs hingerichtet wurden, sei hier exemplarisch genannt. Diese Tötungsmaschine, die sich im Bestand des Bayerischen Nationalmuseums in München befindet, und ein möglicher Hype um diese macht bewusst, dass wir sensibel mit den Relikten, gerade der jüngsten Vergangenheit, umgehen müssen. Diese Gegenstände können einerseits die Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen des Dritten Reichs ermöglichen, aber auch wie im Fall einer Guillotine zum beliebten Zielort für Voyeure werden. Das sollten wir vermeiden. Anders zu bewerten ist möglicherweise die Ausstellung von einer Selbstschussanlage an der ehemaligen Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Diese Einrichtungen gehörten zu den schrecklichen Instrumenten des DDR-Regimes, um Menschen an der vermeintlichen „Republikflucht“ zu hindern.

Personen der Zeitgeschichte können als **VORBILDER fungieren.**

Schulen legen wichtige Grundlagen

Unsere Lehrkräfte leisten in den Schulen bei der Geschichtsarbeit und in der Demokratieerziehung intensive Arbeit.

Dies wurde auch in einem Ost-West-Vergleich zum Wissen über die ehemalige DDR deutlich, wo bayerische Schüler am besten abschnitten. Dies wurde aber auch am Engagement von Schülern des Hans-Leinberger-Gymnasiums in Landshut gegen eine geplante Veranstaltung einer rechtsextremen Vereinigung in der Mensa dieser Schule Ende 2011 deutlich. Das Vorgehen der Landshuter Schüler erzielte am Ende Erfolg, weil Schule und Kommune an einem Strang zogen. Ich konnte mich selbst von der Handlungsfähigkeit und Tatkraft der Schüler überzeugen, als ich im Dezember 2011 an einer öffentlichen Kundgebung der Schulen der Stadt gegen die geplante Versammlung rechtsextremer Kräfte in Landshut teilnahm.

Und wir können stolz darauf sein, dass wir mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit eine Einrichtung haben, die vor allem den jungen Menschen das Funktionie-

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit vermittelt PRAXISNAH Demokratieverständnis.

ren unserer parlamentarischen Demokratie zu erklären hilft und zugleich den Blick auf die Schattenseiten unserer Geschichte mit allen Auswirkungen auf das Heute sichtbar öffnet. Die Bayerische Landeszentrale handelt hier in enger Vernetzung mit den KZ-Gedenkstätten in Flossenbürg und Dachau, den NS-Dokumentationszentren Nürnberg

und München sowie dem Deutsch-Deutschen Museum in Mödlareuth. Schulklassen die diese Orte besuchen, erhalten einen finanziellen Zuschuss und besonders qualifizierte Lehrkräfte werden eigens abgeordnet, um diese Klassen zu begleiten. Die Weiterentwicklung der Lehrpläne und die Fortbildung der Lehrkräfte im Themenfeld Antisemitismus sind dabei weiterhin wichtige Aufgaben.

Kritische Aufarbeitung

Erinnerungsarbeit heißt auch Aufarbeiten der Namensgebung von Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäuden. Auf meine Ersuchen hin haben sich mehrere bayerische Schulen mit dem eigenen Schulnamen intensiv beschäftigt. Nötig war dies immer dann, wenn es sich bei den Namensgebern um Personen handelte, die in das nationalsozialistische Diktatorsystem verstrickt waren. In diesem Fall haben wir den Schulen und Schulträgern empfohlen, den Namen abzulegen. Wer im Dritten Reich Teil des Herrschaftssystems war oder die ideologische Grundlage aktiv mitgestaltet oder mit vertreten hat, kann nicht als Vorbild für Menschen in einer demokratischen Gesellschaft dienen. Dabei sollte man sich wohl auch bewusst sein, dass Menschen in einer totalitären Herrschaft nicht jeden Schritt eigenverantwortlich gestalten können, sondern bei Handlungen der Distanzierung oder gar des Widerstands auch mit schlimmsten Konsequenzen für das eigene Leben sowie für Freunde und Angehörige rechnen müssen. Wir sollten uns deshalb im Urteil zurückhalten – neben Licht fällt auf jede einzelne Person auch Schatten.

Bei der Reflexion der Namensgeber von Schulen ergab sich beispielsweise eine Debatte um Wernher von Braun,

der einerseits als anerkannter Raketenforscher galt, andererseits aber für den Raketenbau im Konzentrationslager Mitteleben-Dora und damit für das Leid vieler tausender Zwangsarbeiter verantwortlich war. Schulen diskutierten außerdem den Namen des Regensburger Bürgermeisters Hans Herrmann und des Sonderschulpädagogen Erwin Lesch und haben diese im Einvernehmen mit ihren Sachaufwandsträgern abgelegt.

Erinnerungsarbeit muss auch die kritische Auseinandersetzung mit den ideologischen Schriften etwa der NS-DAP einschließen. Hier stand für 2016 eine wichtige Entscheidung an. Wie sollen wir angesichts des Auslaufens der Rechte des Freistaats Bayern an den Schriften des ehemaligen Eher-Verlags, z. B. an der Hitlerschen Propagandaschrift „Mein Kampf“, sicherstellen, dass die Inhalte nicht aus ideologischen oder finanziellen Gründen missbraucht werden konnten. Historiker bevorzugen eine möglichst direkte Auseinandersetzung mit Quellen und Zeitzeugen auf der Basis historisch-kritischer Editionen und kommentierter Ausgaben. Doch gerade bei dieser Hetzschrift, die eine geistige Grundlage für Massenmord, den Zweiten Weltkrieg und die Unterdrückung weite Teile Europas und darüber hinaus lieferte, war eine Entscheidung über das richtige Vorgehen nicht leicht. Dass für viele, etwa jüdische Opfer oder israelitische Kultusgemeinden, der Gedanke der freien Verbreitung von „Mein Kampf“ nur schwer erträglich war, war dabei zu sehen.

Dem Weg, der heute beschritten wird, ging ein intensives Ringen um die richtige Form der Auseinandersetzung mit dem Machwerk voraus. Das Institut für Zeitgeschichte hat eine höchst sorg-

fältig bearbeitete historisch-kritische und kommentierte Ausgabe veröffentlicht, die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat entsprechende fachliche und pädagogische Arbeitshilfen dazu herausgegeben und die Schulen haben über das Bayerische Kultusministerium zusätzliche pädagogische und fachliche Hinweise erhalten.

Erinnerungsarbeit muss auch eine KRITISCHE Auseinandersetzung zulassen.

Erinnerungsarbeit als Versöhnungsarbeit

Erinnerungsarbeit ohne Versöhnungsbereitschaft ist undenkbar. Erinnerungsarbeit mündet mit Blick auf die Schattenseiten deutscher und bayerischer Geschichte in Versöhnungsarbeit. Das Ziel dabei muss sein, die zum Teil tiefen Wunden der Opfer von Unterdrückung, Ermordung oder Vertreibung zu lindern – sofern dies noch möglich ist. Und es muss uns ein Anliegen sein, auf der Basis einer ehrlichen und nachhaltigen Erinnerungsarbeit und den Anstrengungen um Versöhnung den Grundstein für eine freundschaftlich-nachbarschaftliche Koexistenz dauerhaft zu legen. Dazu gehört vorrangig die Versöhnungsarbeit mit Israel und den vielen Menschen, die aufgrund deutschen Handelns unbeschreibbares Leid erfahren haben. Von dem Unrechtsregime der Nationalsozialisten wurden allein über sechs Millionen Juden ermordet.

Sinti und Roma

Wir dürfen in diesem Zusammenhang aber auch nicht das Leid und Schicksal der Sinti und Roma aus dem Blick verlieren. Rund 500.000 von ihnen wurden Opfer des NS-Regimes. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung hat die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2015 die Publikation „Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation“ herausgegeben, um den Vorurteilen Fakten entgegen zu stellen. Es war richtig, dass Bayern jüngst einen Vertrag mit dem Bayerischen Landesverband der Sinti und Roma geschlossen hat, in dem der Freistaat sich verpflichtet, diese künftig zu unterstützen. Für dieses Projekt habe ich intensiv geworben.

Aktiv Versöhnung und Zukunft gestalten – in Europa – und mit Israel

Es ist gelungen, im Zusammenwirken mit dem Europäischen Parlament, dem Freistaat Bayern, dem Elsass und Israel ein völlig neues Modell des Austauschs und der Erinnerungsarbeit zu schaffen. Mittlerweile folgen diesem andere Bundesländer sowie einige französische Regionen.

In den vergangenen Jahren durfte ich mehrfach Israel besuchen. Der Dialog hat dabei verschiedene konkrete Ergebnisse erbracht. 2010 konnten wir mit Israel den Austausch von Stipendiaten vereinbaren. Im November 2011 konnte ich gemeinsam mit dem israelischen Erziehungsminister Gideon Sa'ar und dem Direktor der nationalen israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, Avner Shalev, eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in der Bildungsarbeit zwischen Bayern und Israel auszubauen,

unterzeichnen. Dabei stehen die schulische Bildung, die Gedenkstättenpädagogik und der Jugendaustausch im Mittelpunkt. Bei der Ausarbeitung konkreter Handlungsschritte wurde 2012 der Jugend- und Schulaustausch verstärkt und eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Ich bin sehr froh, dass diese Arbeit von vielen Schultern mitgetragen wird. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die Stiftung Bayerischer Gedenkstätten, das Kultusministerium, die KZ-Gedenkstätten Flossenbürg und Dachau, die Weiße Rose Stiftung, der Bayerische Jugendring und eine Reihe von Schulen widmen sich dieser Aufgabe. Auch der Bayerische Landtag hat erstmals 2013 zu einem Studientag Israel eingeladen. Dabei kann man auf die jahrzehntelange Arbeit verschiedener Organisationen wie dem Bayerischen Jugendring aufbauen.

Seit 2010 wurde die Bildungszusammenarbeit mit Israel INTENSIVIERT.

Die Einsetzung eines Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe durch die Bayerische Staatsregierung darf als unmissverständliches Symbol für die Wertschätzung der Juden in Bayern sowie für eine intensive Versöhnungsarbeit mit den Opfern des Dritten Reichs und deren Angehörigen sowie zum Staat Israel gedeutet werden. Ich habe die Anregung

zur Schaffung eines Bayerisch-Israelischen Jugendwerks zur Intensivierung des gegenseitigen Austauschs gegeben.

Brückenbau zwischen Bayern und Tschechien

Eine große Bedeutung für den Freistaat hat die Versöhnungsarbeit mit unserem Nachbarland Tschechien. Gerade das Verhältnis zwischen den Menschen aus dem ehemaligen Sudetenland und aus Tschechien erweist sich bis heute aufgrund der Erfahrungen während des Dritten Reichs, aber auch während der Vertreibung als Folge der Beneš-Dekrete als hoch belastet. Gemeinsam mit dem ehemaligen Europa-Abgeordneten Bernd Posselt, zugleich Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, konnten wir mit unserem Partner auf mehreren Tschechienreisen äußert empfindliche Themen der bayerisch-tschechischen Geschichte ansprechen. Diese sind mit den Begriffen Lidice und dem NS-Terror in Theresienstadt ebenso verbunden wie mit der Vertreibung der deutschstämmigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach 1945.

2015 konnte ich für die Bayerische Staatsregierung mit meinem Amtskollegen Daniel Hermann als Grundlage für eine engere Zusammenarbeit zwischen den kulturellen Einrichtungen wie Museen, Gedenkstätten, Galerien, Bibliotheken, Theatern und für die Zusammenarbeit von Schulen eine Vereinbarung zu Kulturfragen unterzeichnen. Ein Ergebnis dieses Memorandums of Understanding und vor allem des Willens zur Zusammenarbeit von bayerischen und tschechischen Kultureinrichtungen wie dem Haus der Bayerischen Geschichte, der Nationalgalerie Prag und dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg war die Bayerische-

Tschechische Landesausstellung zu Kaiser Karl IV. 2016 in Prag und Nürnberg. Begleitend dazu hatte das Bayerische Kultusministerium einen Schüler-

Die bayerisch-tschechische Zusammenarbeit von KULTUREINRICHTUNGEN wird verstärkt.

wettbewerb mit dem Titel „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Wir in Europa“ ausgeschrieben.

Handreichung nach Polen

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen war vergleichbar schwierig wie das zwischen den Deutschen und den Tschechen. Polnische-seits belastete u. a. das Erleben der NS-Herrschaft, die enge Kollaboration zwischen Hitler und Stalin auf Kosten von Polen und die Folgen auch für die Juden gerade in Warschau das Miteinander. Aus deutscher Sicht trübte die Vertreibung der deutschstämmigen Bevölkerung nach dem Kriegsende das Verhältnis zueinander stark ein. Doch das Pontifikat des Papstes Johannes Paul II., die Beziehungen der Katholiken in beiden Ländern, aber auch die kontinuierliche Arbeit von Politikern vor allem nach dem Fall der Mauer haben das gegenseitige Verständnis, die Erinnerung an und die Aufarbeitung des Unrechts ermöglicht und so zu einem freundschaftlichen Grundklima beigetragen. Das durfte ich bei mehreren Besuchen in Polen erleben. 2011 konnte in Krakau, Auschwitz, Breslau

und Oppeln die Kooperation zwischen der KZ-Gedenkstätte Auschwitz und der Gedenkstättenpädagogik in Bayern intensiviert werden.

Im Frühjahr 2015 gaben der Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek, Claus Ceynova, und ich im Beisein des polnischen Außenministers Grzegorz Schetyna in Warschau eine wertvolle liturgische Handschrift aus dem 12. Jahrhundert, das sogenannte „Plocker Pontifikale“, an den polnischen Bischof Piotr Libera zurück. Die Übergabe erfolgte auf der Grundlage des Washingtoner Abkommens von 1998. Die Nationalsozialisten hatten die kirchengeschichtlich höchst wertvolle Handschrift, die zunächst für die Erzdiözese Gnesen geschaffen worden war, 1939 beschlagnahmt und dann entwendet. Unter dem Hinweis auf eine falsche Provenienz und unter einem falschen Titel war sie 1973 von einem Auktionator

und Deutschland. Ich will deshalb eine Initiative mit dem Titel „Demokratisches Bayern“ starten, um die demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklungen sichtbar zu machen. Dabei werde ich mit universitären Einrichtungen wie dem Institut für Bayerische Landesgeschichte der LMU eng zusammenarbeiten. Ein paar Aspekte dazu:

- Wir dürfen nicht vergessen, dass in Deutschland und in Bayern 1919 mit der Republik in der Weimarer Verfassung für das Deutsche Reich und mit der Bamberger Verfassung für den Freistaat Bayern das Frauenwahlrecht eingeführt wurde – weltweit zuerst.
- Wir dürfen nicht vergessen, dass es in Deutschland und in Bayern nicht nur eine horizontale Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative gibt.
- Wir erinnern an den starken Föderalismus in unserem Land.
- Das Wahlrecht in Deutschland und Bayern gibt den Bürgern zwei Stimmen, eine für einen Direktkandidaten in einem Stimmkreis und eine für eine Liste, und verbindet damit die Entscheidung der Bürger für einzelne Kandidaten mit der Repräsentation des Wählerwillens in der Gesamtsammensetzung der Parlamente.
- Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade im Freistaat Bayern die Bürger auf kommunaler Ebene, etwa durch das Bündeln von Stimmen auf Kandidaten und eine Liste (Kumulieren) sowie das Verteilen der Stimmen auf unterschiedliche Wahlvorschläge (Panagieren), viel direkter Einfluss auf die Zusammensetzung von Stadt- und Gemeinderat bzw. Kreistag nehmen können als in vielen anderen Ländern.

Erinnerungsarbeit hat mit Polen ein **FREUNDSCHAFTLICHES** Grundklima aufgebaut.

dem Freistaat Bayern angeboten und von der Bayerischen Staatsbibliothek angekauft worden. Später wurde bei einer liturgiewissenschaftlichen Untersuchung die tatsächliche Herkunft der Handschrift ermittelt.

Initiative „Demokratisches Bayern“

Zur Erinnerungskultur gehört auch die Geschichte der Demokratie in Bayern

BAYERN verfügt über fundamentale demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften.

- Bayerns Bürger haben eine besondere Möglichkeit, nicht nur über das Recht der Petition an den Landtag ihre Meinung direkt den Entscheidungsträgern zur Kenntnis zu bringen.

Das Fundament einer lebendigen und starken Demokratie ist das Erinnern.¹ ///



© StMWK

/// DR. LUDWIG SPAENLE

war von 2008 bis 2013 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus und von 2013 bis 2018 Bayerischer Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, München. Er wurde im Mai 2018 zum Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungskultur und geschichtliches Erbe ernannt.

Anmerkungen

* Marquard, Odo: Zukunft braucht Herkunft, Ditzingen 2003.

¹ Der Artikel entstand im Oktober 2018.